

Politik Halbzeit für die Bundesregierung

Bekämpfung von Rassismus steht im Mittelpunkt der Kabinettsklausur

Von Nicole Werner

Am Donnerstag morgen begann in Meseberg die zweitägige Kabinettsklausur der Bundesregierung, die über ihr Vorhaben in der zweiten Regierungshalbzeit beraten wird. Nach den jüngsten Übergriffen auf acht Inder im sächsischen Mügeln werden nicht nur Klimaschutz und Mindestlohn im Mittelpunkt der Agenda stehen. Ursula von der Leyens Bericht zum Einsetzen des Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus wird mit Spannung erwartet.

Die Familienministerin war federführend an den Ausarbeitung des Programms beteiligt, dass in seiner veränderten Form im Januar 2007 einlief und seitdem in der Kritik steht.

Bei dem neuen Modell können einzig die Kommunen Gelder vom Bund für Projekte gegen Rechtsextremismus beantragen. Bis zu 100.000 Euro erhalten sie für die Umsetzung der eigenen Rahmenprogramme. Zuvor war es unabhängigen Initiativen oder Vereinen ebenfalls möglich, Fördermittel auf direktem Wege vom Staat zu erhalten. Nun müssen sie sich an ihre Landkreise wenden und das wird von vielen Seiten als problematisch gesehen.

Umständlich scheint nicht nur der Name des Projekts: „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“. Auch die Beantragung der entsprechenden Fördergelder habe unter den neuen Strukturen mehr Bürokratie verursacht, sagte Monika Lazar, Sprecherin der Grünen-Fraktion für Strategien gegen Rechtsextremismus gegenüber tageschau.de. Dass nur 19 Millionen Euro für das Programm zur Verfügung gestellt wurden, wird vielfach als falsch angesetzte Sparmaßnahme gewertet.

Auch wenn das Budget bei Weitem nicht ausreicht, sieht Bernd Wagner vom Zentrum für Demokratische Kultur die grundlegenden Schwierigkeiten anderswo. In einem Interview mit tagesschau.de erklärte er: „Die Kommunen müssen selbst überlegen, ob sie die Frage der Sicherung der Demokratie und die Auseinandersetzung mit dem

Rechtsextremismus in die eigene Hand nehmen – im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung“. Viele Gemeinden seien mit der Ausarbeitung von Konzepten überfordert oder beträten Neuland. Prekär sei zudem, dass Anträge oftmals nicht angenommen würden.

Gravierend wäre auch die Situation in Gebieten, in denen die verantwortlichen Politiker schwiegen oder das Problem gar ignorierten. Ob die Übergriffe auf die Gruppe Inder einer fremdenfeindlichen Motivation zu Grunde liegen, wollte Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt dem MDR heute nicht bestätigen. Die Ermittlungen dauerten noch an, da äußerste Sorgfalt geboten sei, zumal die widersprüchlichen Zeugenaussagen die Aufklärung verlangsamten. „Der Tathergang dieser erschreckenden Gewaltexplosion ist noch völlig unklar.“

Indessen sorgte der regierende Bürgermeister von Mügeln, Gotthard Deuse(FDP), mit seiner Einschätzung des Geschehens für Aufregung. Nachdem er der „Financial Times Deutschland“ gegenüber zugestand, dass Parolen wie „Ausländer raus“ jedem mal über die Lippen kommen könnten, fügte er später in Anspielung auf die Ausschreitungen hinzu, das träfe auf all diejenigen zu, die „so etwas“ vorhätten. Damit mache Deuse „Rassismus salonfähig“, schollt es von Seiten der Grünen. Landtags-Fraktionschefin Antje Hermenau meinte, wer die politische Sachlage derart verkenne, verfehle sein Amt.

Gotthard Deuse muss sich auch vom früheren Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye nachsagen lassen, er verniedliche den Rechtsextremismus. Heyes Aussage bezog sich auf „ostdeutsche Politiker“ im Allgemeinen. Diesen kann man im Landkreis Torgau-Oschatz, dem auch Mügeln angehört, nur bedingt einen Vorwurf machen. Immerhin bemühten sie sich um Fördermittel aus dem Bundesprogramm. Ihr Antrag wurde allerdings abgelehnt.

Veröffentlicht: 24. August 2007